



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.05.2023

Dringlichkeitsaktion 09/23 – **MYANMAR:** *politische Gefangene, Zivilpersonen u.a.*

Folter, willkürliche Haft, Todesstrafe



Myanmar: 50 Mio. Einwohner auf 676.552 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 746 \$ (2001), Bevölkerung: 69% Birmanen, 8,5% Shan, 6,3% Karen, 4,5% Rohingya, ca. 2% Chinesen, 1% Inder, Religion: 89% Buddhisten, 5% Christen, 4% Muslime, 1% Hindus, 1% Anhänger indigener Religionen.

Myanmar hat weder den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* noch das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* unterzeichnet.



Aufgrund der gravierenden Menschenrechtsverletzungen in Myanmar haben ACAT-Luxemburg und ACAT-Schweiz einen Appell an den Präsidenten der Union Myanmar vorgeschlagen, an dem wir uns beteiligen. Ebenso wird der Generalsekretär des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) über unser Anliegen informiert und darum gebeten, dieses zu unterstützen.

Im November 2020 gewann die seit 2015 in Myanmar regierende Partei, die Nationale Liga für Demokratie (NLD), die Parlamentswahlen. Das Militär hat dieses Ergebnis jedoch angefochten und führte am 1. Februar 2021 einen Putsch durch, um die Macht an sich zu reißen. Die Todesstrafe ist seitdem Teil eines ganzen Arsenal an Unterdrückungsmaßnahmen vonseiten der Militärregierung. Seit dem Putsch hat die jetzige Regierung nach Schätzungen der Exil-Nichtregierungsorganisation AAPP (Assistance Association for Political Prisoners) 20.750 Menschen aus politischen Gründen verhaftet – 16.884 davon befanden sich am 21. März 2023 noch in Haft – und 3.148 Menschen bei der Niederschlagung der pro-demokratischen Bewegungen getötet. Ferner berichtete die AAPP zum selben Zeitpunkt von 150 Todesurteilen und 108 Personen im Todestrakt. Im April wurde bekannt, dass zum Neujahrsfest mehr als 3.000 Gefangene aus der Haft entlassen werden sollen. Dies wäre aber nur ein Bruchteil der Verhafteten.

Ende Januar 2023 zog auch der UN-Hochkommissar für Menschenrechte eine desaströse Bilanz Unterdrückung in Myanmar seit dem Putsch 2021. Neben der Wiederaufnahme von Hinrichtungen berichtete er von bombardierten Dörfern, niedergebrannten Kliniken, Schulen und Gotteshäusern und 1,2 Millionen Vertriebenen. Zahlreiche Übergriffe wurden dokumentiert: Massenmorde, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, Folter, Anwendung sexueller Gewalt und Verfolgung von Angehörigen der Rohingya-Minderheit.

Im Juli 2022 richtete das Militär vier politische Gegner hin, erstmals seit 1988. Bis dahin galt die Todesstrafe in dem Land als de facto abgeschafft.

Nach 35 Jahren, in denen ein Moratorium für Hinrichtungen galt, instrumentalisiert die Militärjunta diese grausame und unmenschliche Strafe, um Oppositionelle zum Schweigen zu bringen.

Am 21. Dezember 2022 nahm der UNO-Sicherheitsrat eine historische Resolution zu Myanmar an, in der er die sofortige Einstellung jeglicher Gewalthandlungen im gesamten Land verlangte und die Armee dringend aufforderte, unverzüglich alle Personen freizulassen, die willkürlich inhaftiert sind. Er legte dabei der internationalen Gemeinschaft nahe, die Umsetzung des vom ASEAN-Verband, dem Myanmar angehört, am 24. April 2021 verabschiedeten Fünf-Punkte-Konsenses zu unterstützen.



Bitte unterschreiben Sie den Appellbrief an den Präsidenten der Republik der Union Myanmar und senden Sie diesen an den Botschafter in Berlin. Eine Kopie des Briefes soll an den Generalsekretär des Verbands Südostasiatischer Staaten (ASEAN) gesendet werden. Die unterschriftsfertigen Briefe sollen wörtlich unverändert bleiben. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost, nach Indonesien (für ASEAN-Appell) 1,10 EUR, nach Berlin 0,85 EUR). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2023.* [Fax-Nr. der Botschaft: 030/20615720, Herr Kyaw Htin Lin, Geschäftsträger a.i.; E-Mail: info@meberlin.com ]



Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter e. V. - Mitglied der internationalen ACAT (FIACAT)  
Kreuzstr. 4 ● D-31134 Hildesheim ● Tel.: 05121 / 174913 ● www.acat-deutschland.de  
Spendenkonto: Sparkasse Westmünsterland IBAN: DE6640154530000008664 BIC: WELADE3WXXX

Hamburg, 01.05.2023

Dringlichkeitsaktion 10/23 – **KAMBODSCHA:** *Kem Sokha*,

drohende Folter, willkürliche Haft



**Kambodscha:** 14,8 Mio. Einwohner auf 181.035 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 880 \$ (2012), Bevölkerung: über 200 Ethnien, 90% Khmer, 5% Vietnamesen, 4% Cham; Religion: 93% Buddhisten, 3-5% Muslime, 2% Christen. Das Königreich Kambodscha hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



**Kem Sokha** ist der ehemalige Vorsitzende der inzwischen verbotenen Partei „Cambodia National Rescue Party“ (CNRP).

Laut Amnesty International (AI) wurde er am 3. September 2017 nachts verhaftet und nach Artikel 443 des Strafgesetzbuchs unter dem Vorwurf der Verschwörung mit ausländischen Macht angeklagt.

Die Anklage sah eine Gefängnisstrafe von 15 bis 30 Jahren vor. In einer gerichtlichen Erklärung wurde Sokha beschuldigt, seit 1993 einen „geheimen Plan“ zum Sturz der Regierung zu haben.

Am 3. März 2023 wurde Kem Sokha zu 27 Jahren Gefängnis verurteilt.

Während des Prozesses, der auch aufgrund von Verzögerungen durch die Pandemie über ein Jahr dauerte, brachte die Staatsanwaltschaft nur wenige Beweise vor. Sie bezog sich vor allem auf eine Rede, die Sokha 2013 in Australien gehalten hatte. Darin hatte er erklärt, die USA hätten ihm geraten, eine Menschenrechtsorganisation zu gründen.

Sokha wurde ein Jahr in Untersuchungshaft in einem abgelegenen Gefängnis festgehalten und ein weiteres Jahr unter Hausarrest. Dies spiegelt einen allgemeineren Trend zu langen Untersuchungszeiten wider, der im ganzen Land dokumentiert wurde.

Der Oberste Gerichtshof Kambodschas löste die CNRP zwei Monate nach Sokhas Verhaftung auf.

Zuvor war die Partei beschuldigt worden, vor den Wahlen von 2018, bei denen Premierminister Hun Sen's kambodschanische Volkspartei (CPP) alle 125 Sitze gewann, den Sturz der Regierung zu planen.

Mindestens 39 Mitglieder der politischen Opposition sind derzeit in kambodschanischen Gefängnissen inhaftiert. Sie sind willkürlich verhaftet worden, nur weil sie ihre Menschenrechte wahrgenommen haben.

Dutzende von CNRP-Mitgliedern wurden im Jahr 2022 wegen falscher Anschuldigungen in Massenprozessen verurteilt, die ihnen das Recht auf ein faires Verfahren verweigerten.

Gegenwärtig bereitet sich die Regierung auf die nationalen Wahlen am 23. Juli 2023 vor.

Der stellvertretende Regionaldirektor von Amnesty International, Ming Yu Hah, kommentierte die Verurteilung: Die kambodschanische Justiz habe wieder einmal ihren erschütternden Mangel an Unabhängigkeit bewiesen. Dieses Urteil sei eine unmissverständliche Warnung an die Oppositionsgruppen, Monate vor den nationalen Wahlen. Die Nutzung der Gerichte zur Verfolgung von Gegnern des Premierministers Hun Sen kenne keine Grenzen.



Bitte schreiben Sie an den Premierminister des Königreichs Kambodscha und senden Sie eine Kopie an die Botschafterin in Berlin. Der unterschriftsfertige Brief kann wörtlich oder inhaltlich genutzt werden – bitte bleiben Sie höflich.

Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto, Luftpost nach Kambodscha 1,10 EUR, nach Berlin 0,85 EUR).

*Bearbeitung innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 31.05.2023.*

[ Fax-Nr. der Botschaft: 030/48637973, I.E. Frau Savny Phen; E-Mail: rec-Berlin@t-online ]